

Frequency-Festival-Absage: Verheerendes Signal für Impfwillige

ID: LCG21261 | 16.07.2021 | Kunde: IG Österreichische
Veranstaltungswirtschaft | Ressort: Kultur Österreich | APA-
OTS-Meldung

Interessengemeinschaft Österreichische Veranstaltungswirtschaft kritisiert Zuständigkeiten für Veranstaltungen.

Wien (LCG) – Die IG Österreichische Veranstaltungswirtschaft erkennt nach der Absage des Frequency Festivals eine besorgniserregende Stimmungslage. Junge Menschen haben 15 Monate auf Festivals und Kulturveranstaltungen warten müssen. Diese wurden ihnen von der Bundesregierung unter strengen Auflagen der 3G-Regel in Aussicht gestellt. Die Teilhabe am kulturellen Leben, der Besuch von Veranstaltungen und der Nachgastronomie sind für viele Menschen die Motivation, sich gegen Covid-19 impfen zu lassen. Wenn diese Motivation durch Bezirkshauptmannschaften nun wieder zerstört wird, fehlt ein wesentlicher Grund, sich impfen zu lassen. Bei der IGÖV sieht man durch das widersprüchliche Vorgehen zwischen Bund und Bezirken eine fatale Situation, die sich auf die Durchimpfungsrate auswirken und dramatische wirtschaftliche Folgen haben kann. Auch für den Veranstalter ist das politische Hickhack ein wirtschaftlicher Schlag: Nur 80 Prozent der Kosten werden durch den Schutzschirm getragen.

„Das Frequency Festival ist im österreichischen Veranstaltungsgeschehen eines der wichtigsten Events. Mit der jetzt behördlich verordneten Absage entsteht ein enormer Schaden für die gesamte Veranstalterbranche sowie natürlich dem Publikum und den Künstlerinnen und Künstlern. 50.000 Menschen haben sich darauf gefreut. Laut einer repräsentativen Befragung wäre ein Großteil der Besucherinnen und Besucher bereit gewesen, sich dafür impfen zu lassen – eigentlich der wichtigste Impuls in dieser jetzigen Situation. Tausende weitere Menschen hätten die Bereitschaft gehabt, einen PCR-Test dafür zu machen“, stellt IGÖV-Vorstand **Georg Hoanzl** fest. Er ergänzt: „Der Schutzschirm, ein leider jetzt sinnvolles und notwendiges Instrument, deckt aber nur einen Teil des Schadens des Veranstalters ab. Hier muss ein hoher Verlustanteil unverschuldet von einem Privatunternehmen abgedeckt werden. Der gesamten Region und allen beteiligten Unternehmen und Menschen bleibt der Verlust dieses bedeutenden Festivals.“

„Die Finalentscheidung den lokalen Behörden zu überlassen, führt die Aussage der Bundesregierung, dass alles möglich sei, ad absurdum. Obendrein entsteht eine nicht zumutbare Planungsunsicherheit auf Veranstalterseite, da hier von Behörde zu Behörde mit unterschiedlichem Maß gemessen wird. In der Praxis führt das dazu, dass in einer Region Veranstaltungen mit über 100.000 Besucherinnen und Besuchern genehmigt werden und in einem anderen Bezirk wird eine Veranstaltung mit 50.000 Besucherinnen und Besuchern verboten“, erklärt CTS-Eventim-Austria-Geschäftsführer **Christoph Klingler**.

Weitere Informationen auf igoev.at

